



MEHR GRÜN

FÜR HERFORD.

Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020

MEHR GRÜN FÜR HIER.



VORWORT

LIEBE HERFORDERINNEN UND HERFORDER,

unsere Stadt hat große Potenziale – eine historische Innenstadt, starke Unternehmen, ein breites Bildungsangebot, interessante Kultur- und Freizeiteinrichtungen und eine attraktive natürliche Umgebung.

Wir stehen vor großen Zukunftsaufgaben. Wirtschaftliche Strukturprobleme, Leerstände und städtebauliche Mängel in der Innenstadt, der Abzug der britischen Armee, die Durchlässigkeit von Werre und Aa oder die Inklusion an unseren Schulen sind wichtige Handlungsfelder der kommenden Jahre.

Hiermit legen wir Ihnen unser Programm mit Zielen und Lösungsvorschlägen für die Entwicklung Herfords bis zum Jahre 2020 vor. Es stellt die Leitlinie für unsere Arbeit dar; zugleich ist es immer wieder an der sich verändernden Wirklichkeit, an neuen wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen, aber auch an unseren grundlegenden Wertvorstellungen zu messen.

Am 25. Mai bestimmen alle Bürgerinnen und Bürger in demokratischer Wahl die Zusammensetzung des Stadtrates und die Person des Bürgermeisters unserer Stadt. Unsere Bitte an Sie: Gehen Sie am 25. Mai zur Wahl!

Besonders freuen würden wir uns, wenn Sie den Kandidatinnen und Kandidaten von Bündnis90/DIE GRÜNEN Ihr Vertrauen geben würden. Wir jedenfalls werden versuchen, dieses Vertrauen durch sachbezogene und kommunikationsorientierte Arbeit zu rechtfertigen.



Herbert Even
Bürgermeisterkandidat



Angela Schmalhorst
Spitzenkandidatin Stadtrat

EINLEITUNG

Es sind ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen, die das Leben in einer Stadt prägen.

Wir alle brauchen Existenz sichernde Arbeitsplätze, attraktive Wohnangebote für alle Generationen, ein funktionierendes Verkehrsnetz, zentrale und wohngebietsnahe Einkaufsmöglichkeiten, bezahlbare öffentliche Dienstleistungen, Tagesstätten und Schulen für unsere Kinder und Kultur- und Freizeitangebote für Jung und Alt. Wir leben gern in einer Stadt, die sich ihres historischen Erbes und moderner städtebaulicher Qualitäten bewusst ist. Zudem sind uns heute der soziale Ausgleich, der Schutz von Natur und Landschaft sowie die Energiewende wichtige Ziele, die wir von Bund, Ländern und Kommunen erwarten.

Die Verwirklichung all dieser Ziele und Aufgaben setzt ausreichende finanzielle Mittel, leistungsfähige öffentliche Dienste und Unternehmen sowie glaubwürdige Beteiligungsangebote an alle EinwohnerInnen voraus. Stadtrat und BürgermeisterIn sind als gewählte RepräsentantInnen dafür verantwortlich, die Entwicklung unserer Stadt unter den bestehenden finanziellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu organisieren. Mit unseren KandidatInnen wollen wir auch in der nächsten Wahlperiode Beiträge zu einer zukunftsorientierten Entwicklung Herfords leisten. Dabei lassen wir uns von vier Grundsätzen leiten:

- **Ökologische Nachhaltigkeit, die nachfolgenden Generationen Spielräume für ein gutes Leben lässt;**
- **Wirtschaftliche Vernunft, durch die die anstehenden Zukunftsaufgaben erst finanzierbar sind;**
- **Sozialer Ausgleich, der den inneren Frieden unserer Gesellschaft sichert;**
- **Kulturelle Modernität, die die heutige gesellschaftliche Vielfalt ermöglicht.**

Auf dieser Grundlage orientieren wir uns an den nachfolgenden Handlungsschwerpunkten (deren Reihenfolge stellt keine inhaltliche Gewichtung dar):

POLITISCHE HANDLUNGSSCHWERPUNKTE FÜR DIE WAHLPERIODE 2014 – 2020

KONVERSION ALS CHANCE ZUR INNOVATION NUTZEN

Der Abzug der britischen Streitkräfte wird die Stadt Herford in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen. Die Entwicklung der drei frei werdenden Kasernenstandorte stellt eine zentrale Aufgabe von Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung dar. Hierbei geht es um maßgeschneiderte Konzepte für die Flächen, die sich als Dienstleistungsstandort (Wentworth-Barracks, südlich der Vlothoer Straße) oder für eine gewerbliche Nutzung (Harewood-Barracks, Mindener Straße) eignen. Besondere Chancen für die weitere Entwicklung der Stadt böte die Ansiedlung von Studien- bzw. Ausbildungsgängen im Rahmen eines Fachhochschulstandortes, von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen oder eines Innovations- und Gründerzentrums.

PLUS-ENERGIE-SIEDLUNG ENTWICKELN

Das Areal der Hammersmith-Barracks (nördlich der Vlothoer Straße) kann zu einem qualitativ hochwertigen Wohnstandort entwickelt werden. Wir streben für diese 10-ha-Fläche die Realisierung einer zukunftsgerichteten Plus-Energie-Siedlung mit positiver Energiebilanz (mehr Energieerzeugung als -verbrauch) an. Dafür erwarten wir die Einwerbung entsprechender Fördermittel von Bund und Land, so dass die Wohnkosten in Grenzen gehalten werden können. Dieses Projekt könnte zugleich eine hohe Attraktivität für InteressentInnen aus der gesamten Region entwickeln. Weitere Wohnbauflächen sollten ausschließlich in Innenbereichen der Stadt nach besonderen ökologischen und sozialen Standards (wie z.B. beim Bebauungsplan Wellbrock) entwickelt werden.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG REGIONAL DENKEN

Die Herforder Wirtschaft leidet an erheblichen Strukturdefiziten. Deren Folgen sind Wachstumsschwächen, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, Leerstände im Einzelhandel oder stagnierende Steuereinnahmen. Die Entwicklung des Kaufhof-Areals (Einzelhandel und/oder Wohnen) oder des Elsbach-Geländes (Hotel oder Dienstleistungen) konnte in den letzten fünf Jahren trotz erheblicher Anstrengungen nicht abgeschlossen werden.



Leider Stillstand: Hotel neben dem Elsbach-Haus

Eine effiziente wirtschaftliche Strukturentwicklung kann heute nur noch regional gedacht und umgesetzt werden. Deshalb streben wir an, Wirtschaftsförderung künftig kreisweit interkommunal zu organisieren. Hierbei könnten die regionalen Kreditinstitute Sparkasse Herford und Volksbank Herford eine besondere Rolle spielen.

Für die Stadt Herford sind neue Konzepte zur Verbesserung des Branchen- und Unternehmensmixes, Anstrengungen zur Wieder-Nutzung gewerblicher Alt-Standorte oder auch Neuüberlegungen zur Revitalisierung der Innenstadt (Leerstandsmanagement, Innenstadtfonds, Wochenmarkt) erforderlich. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind geeignete Förderprogramme in Kooperation mit dem Jobcenter und den

Akteuren eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes zu nutzen. Soziales und ökologisches Wirtschaften übernimmt auch Verantwortung für Produkte aus anderen Ländern – aus diesen Gründen unterstützen wir den Fair Trade – Prozess in Herford.

WOHNUNGSPOLITIK AM DEMOGRAFISCHEN WANDEL ORIENTIEREN

Auf dem Herforder Häuser- und Wohnungsmarkt besteht ein Mangel an barrierearmen/-freien Angeboten sowie an kleineren preiswerten Wohnungen für Alleinstehende. In Anbetracht einer wachsenden Altersarmut ist es Aufgabe der Stadt, in Kooperation mit den örtlichen Entwicklungsträgern und Wohnungsbaugesellschaften (z.B. der städtischen WWS) auf eine Erweiterung des Angebots hinzuwirken. Dabei sollten auch neue alternative Wohnformen (z.B. Mehr-Generationen-Projekte) mit Serviceangeboten im Rahmen der Bauflächenplanung und der Wohngebäudesanierung realisiert werden. Eine generationenbewusste Stadtentwicklung fördert einen möglichst lang andauernden Verbleib älterer Menschen in ihrer vertrauten Wohnumgebung. In solchen Projekten sollte die Eigenständigkeit Älterer durch passgenaue und untereinander abgestimmte Angebote möglichst lange sichergestellt werden.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft WWS hat mit ihren mehr als 3.700 Wohnungen eine besondere Bedeutung für den Herforder Wohnungsmarkt. Das laufende Programm zur technischen und energetischen Modernisierung des WWS-Wohnungsbestandes sollte in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden.



Investitionen lohnen sich: WWS Herford

UMWELTFREUNDLICH UNTERWEGS

Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik verbindet Mobilität mit Klimaschutz, weniger Lärm, besserer Luft und größerer Sicherheit in einem öffentlichen Raum mit höherer Qualität. Eine besondere Rolle spielen dabei Ressourcen schonende Verkehrsmittel und eine intelligente Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger (z.B. Bus/Bahn, Rad, Car-Sharing). Dabei bleibt die Erhöhung des Anteils des sog. Umwelt-Verbundes (Bahn-, Bus-, Rad- und Fußgängerverkehr) an der Gesamtverkehrsleistung ein zentrales Handlungsziel.

HAUPTVERKEHRSSTRASSEN FAHRRADFREUNDLICH UMGESTALTEN

Besonderer Handlungsbedarf besteht in der Verbesserung der Sicherheit des Fahrradverkehrs an Hauptverkehrsstraßen, so z.B. am Innenstadtring oder der Salzufler Straße (Landstraßen). Bei der Mindener Straße (städtische Straße) halten wir einen grundlegenden Umbau zur Verbesserung der Sicherheit des Rad- und Fußverkehrs



So geht es nicht: Mindener Straße

sowie zur städtebaulichen Aufwertung und Begrünung für dringend erforderlich. Zur Finanzierung können neben Anliegerbeiträgen auch Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Anspruch genommen werden. Zudem sollte die Umwidmung weiterer geeigneter Straßen in Fahrradstraßen geprüft werden. Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sollten insbesondere auch an den Herforder Schulen verbessert werden. Eine gute Radverkehrsinfrastruktur liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen.

NAHVERKEHR ERHALTEN UND OPTIMIEREN

Das regionale öffentliche Verkehrsangebot mit Bus und Bahn muss erhalten und weiterentwickelt werden. Hierbei geht es um die kontinuierliche Überprüfung des Leistungsangebotes (Liniennetz, Taktdichte), die Entwicklung alternativer Tarifangebote (Umwelt-Ticket, Sozial-Ticket) sowie eine verbesserte Nutzungsinfrastruktur (z.B. Fahrkartenkauf im Internet, bessere Verknüpfung mit dem Radverkehr). Der öffentliche Nahverkehr erfüllt wichtige ökologische und soziale Funktionen in Herford, so dass eine Defizitübernahme durch die städtische Unternehmensholding HVV grundsätzlich angemessen ist.

Herford verfügt über ein ausreichend ausgebautes Straßennetz, so dass Straßenneubauten allenfalls in neu erschlossenen Wohngebieten sowie an einzelnen Konfliktpunkten vertretbar sind. Notwendig sind allerdings – zur Vermeidung langfristiger Schäden – ausreichende Investitionen zum Erhalt des bestehenden Straßennetzes sowie zum endgültigen Ausbau von Anliegerstraßen.



Steinbruch: Lübbertorwall

INNENSTADT UND WÄLLE ATTRAKTIVER GESTALTEN

Durch die Lage an zwei Flüssen und die historische Prägung hat das Herforder Stadtzentrum besondere städtebauliche und ästhetische Qualitäten. Zugleich besteht aber durch die Fehler der siebziger Jahre (Bau des Innenstadtrings) und die allgemeine Vernachlässigung des Stadtbildes (Baulücken, architektonische Mängel, Leerstände, Verfall von Gebäuden) erheblicher Handlungsbedarf.

Deshalb sollte das bereits beschlossene Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept Innenstadt (ISEK) zügig unter Nutzung entsprechender Landesförderung umgesetzt werden. Dabei geht es um die Neugestaltung der in die

Jahre gekommenen Fußgängerzone (mehr Sitzmöglichkeiten, bessere Aufenthaltsqualität) inkl. renovierungsbedürftiger Privatgebäude, die Weiterführung des Umbaus der Wälle und die Herstellung einer besseren Erlebbarkeit der Flüsse. Zudem sollte eine städtebaulich anspruchsvolle Anbindung des MARTa-Elsbach-Viertels an die Innenstadt realisiert werden. Ebenso sind grundlegend neue Konzepte zur verkehrlichen und städtebaulichen Gestaltung des Innenstadtrings erforderlich. Eine Gestaltungssatzung Innenstadt kann einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der ästhetischen Qualität der Fußgängerzone leisten.

Die Krise des Einzelhandels in der Innenstadt ist unübersehbar. Hier bedarf es neuer Konzepte der Wirtschaftsförderung, aber auch einer konsequenten Beachtung des Zentren- und Einzelhandelskonzeptes, das eine Stärkung des innerstädtischen Einzelhandelszentrums und klare Funktionsverteilung zwischen der Innenstadt, den Nahversorgungszentren und den weiteren Einzelstandorten vorsieht.

WOHNEN IN DER INNENSTADT FÖRDERN

Stärken wollen wir die Innenstadt aber auch als Wohn- und Dienstleistungsstandort. Entsprechende, z.T. bereits beschlossene Projekte an der Clarenstraße, der Waisenhausstraße, im Bereich Janup/Löhrstraße oder am Stelzenhaus (Elverdisser/Ahmser Straße) sollten zügig realisiert bzw. planerisch vorbereitet werden. Unter- oder nicht genutzte Geschossflächen von Einzelhandelsgebäuden sind ggf. für Wohnzwecke umzuwandeln.

GEBÜHREN SENKEN DURCH REKOMMUNALISIERUNG

Die Stadt stellt – über ihre Unternehmen Stadtwerke, Abwasserbetrieb, SWK und die regionale Westfalen Weser Energie (WWE) – wichtige öffentliche Dienstleistungen der Ver- und Entsorgung (Energie, Wasser, Abwasser, Müllabfuhr, Straßenreinigung etc.) bereit. Wir begrüßen, dass die privaten Beteiligungen an den Unternehmen Stadtwerke und WWE in den letzten Jahren zurückgekauft wurden, so dass eine vollständige Kontrolle dieser Unternehmen durch die Stadt bzw. die an der WWE beteiligten Kommunen im Interesse Aller möglich ist (Rekommunalisierung).

Wir erwarten und werden uns dafür einsetzen, dass diese Unternehmen effizient geführt werden und damit qualitativ hochwertige Dienstleistungen für alle EinwohnerInnen zu angemessenen Preisen bereitstellen. Zugleich bedarf es einer wirksamen Kontrolle durch Stadtrat und Aufsichtsräte – und einer höheren Transparenz der Geschäftspolitik für die Öffentlichkeit.

Diese Politik wollen wir zum Wohle der EinwohnerInnen fortsetzen – durch die Übernahme der bisher privaten 49%igen Geschäftsanteile der SWK und deren Umwandlung in eine Gesellschaft öffentlichen Rechts. Damit werden steuerliche Effekte möglich, die wir zu einer deutlichen Senkung der Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgebühren nutzen wollen. Mit demselben Ziel sollte eine städtische Beteiligung an der Müllverbrennungsanlage in Bielefeld-Heepen geprüft werden.



WWE: Stromnetz wieder in öffentlicher Hand

INKLUSION ALS KOMMUNALE AUFGABE BEGREIFEN

Die Zukunft unserer Stadt wird durch die Qualität unserer Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen wesentlich geprägt. Gut ausgebildete Menschen stellen eine wichtige Bedingung für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung einer Gesellschaft dar. Gerade auch Kommunen übernehmen mittlerweile eine wachsende Verantwortung für die Gestaltung einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. Dabei orientieren wir uns am Leitbild der Inklusion im Sinne eines gleichberechtigten Zugangs aller Kinder und Jugendlichen zum Bildungswesen.



LEBENSCHANCEN FÜR KINDER UND FAMILIEN DURCH TAGESSTÄTTEN UND FRÜHE HILFEN SICHERN

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, eine Vielzahl neuer Tagesstätten- und Tagespflegeplätze für Kinder bis zum Schuleintritt (U3 + Ü3) bereitzustellen. Dies ermöglicht – neben einem adäquaten und weiter auszubauenden Angebot an frühen Hilfen

Es muss weitergehen: U3-Ausbau

für Familien – eine frühzeitige Förderung zur Eröffnung von Lebenschancen für Kinder sowie eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern. Neben einem bedarfsgerechten Ausbau des Platzangebots ist eine qualitative Weiterentwicklung der Einrichtungen durch kleinere Gruppen, bessere Personalstandards, verlängerte Öffnungszeiten und erweiterte Angebote (Familienzentren) erforderlich.

OFFENE GANZTAGSRUNDSCHULE WEITERENTWICKELN

Der bereits begonnene Umbau der schulischen Bildung in Richtung auf mehr Bildungsgerechtigkeit und individuelle Förderung muss weiter fortgesetzt werden. Bei der Offenen Ganztagsgrundschule wird es in den nächsten Jahren um eine stärkere Professionalisierung der Arbeit (mit tariflicher Vergütung), eine qualitative Verbesserung der Ferienbetreuung (12-Monats-Finanzierung), organisatorische Optimierungen und eine Beitragsstaffelung nach Einkommen gehen.

HOCHWERTIGE BILDUNGSABSCHLÜSSE ÜBER EIN DURCHLÄSSIGES SCHULANGEBOT ERMÖGLICHEN

Von den Schulen der Sekundarstufen I und II erwarten wir verstärkte Kooperationen und eine gegenseitige Öffnung, um möglichst vielen Jugendlichen (gerade auch mit Migrationshintergrund) einen hochwertigen Schulabschluss zu ermöglichen und damit auch die Abiturquote deutlich zu erhöhen. Ein wichtiger Schritt auf dieses Ziel hin

könnte die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe im Bereich der nördlichen Innenstadt sein.

SCHULGEBÄUDE SANIEREN

Guter Unterricht findet in baulich angemessen erhaltenen Schulgebäuden statt. Der Zustand der städtischen Gebäude ist insgesamt verbesserungsbedürftig; es besteht ein Unterhaltungsrückstand in Millionenhöhe. Dieser sollte in nächster Zeit konsequent abgebaut werden.

BUND UND LAND IN DIE PFLICHT NEHMEN

Die notwendige qualitative Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen und Schulen und die praktische Verwirklichung des Inklusions-Leitbildes stellen konnexitätsrelevante Aufgaben dar, für die wir ein stärkeres finanzielles Engagement von Bund und Land erwarten. Ein wichtiges längerfristiges Ziel stellt dabei auch die Beitragsfreiheit von Tageseinrichtungen und Ganztagsgrundschulen dar.

MUSEUM AM MÜNSTER: KONZEPTIONELLE KLARHEIT ENTWICKELN

Das mit einem Jahresbudget von annähernd zehn Mio. € gut entwickelte Kultur- und Freizeitangebot der Stadt Herford gilt es in den nächsten Jahren – unter Mobilisierung von Effizienzreserven – weiter zu entwickeln und für die kulturelle Bildung in den Herforder Schulen verstärkt nutzbar zu machen. Die offene Kulturarbeit bedarf einer stärkeren Beachtung.

Neue Einrichtungen sind auf Grund der finanziellen Lage auf absehbare Zeit nicht vertretbar. Das auf dem Münsterkirchplatz geplante Museum für Stifts- und Stadtgeschichte ist dann realisierbar, wenn ein stimmiges inhaltliches Konzept vorliegt und eine langfristig gesicherte Finanzierung aus Privat- und Drittmitteln möglich ist.

SELBSTBESTIMMUNG FÖRDERN

Wohngebietsnahe Angebote für Kinder und Jugendliche (Spiel- und Bolzplätze, Treffpunkte) sowie für Erwachsene/Ältere (quartiersorientierte Stadtteil-Begegnungszentren) sind zu fördern bzw. bedarfsorientiert unter Beteiligung der NutzerInnen weiter zu entwickeln. Für den Aawiesenpark sollte eine Erweiterung des Spielangebots in Richtung auf einen Abenteuerspielplatz erwogen werden. Das Haus Unter den Linden (HudL) ist als alters- und zielgruppenübergreifende Einrichtung für alle Herforder Bürger/innen zu gestalten. In der Jugendarbeit sollten Bestrebungen zur Selbstverwaltung und -bestimmung unterstützt werden; entsprechende Initiativen (z.B. Jugendzentrum Fla) sollten deshalb eine angebotsadäquate Förderung erhalten.



Selbstbestimmung konkret: Jugendzentrum Fla-Fla

SPORTFREUNDLICHE KOMMUNE WEITERENTWICKELN

In Kooperation mit den Vereinen und dem Stadtsportverband ist das Angebot an städtischen und vereinseigenen Sportanlagen unter Beachtung des Sportstättenbedarfsplans, aber auch der finanziellen Möglichkeiten zu erhalten und zu entwickeln. Wir unterstützen die Einrichtung einer Landessportschule am Königin-Mathilde-Gymnasium in Kooperation mit zwei Schulen in der Stadt Bielefeld, erwarten aber auch entsprechende Fördermittel des Landes NRW.

SOZIALEN AUSGLEICH UNTERSTÜTZEN

Die Stabilität und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt nicht zuletzt davon ab, ob Menschen aus allen sozialen Schichten und Gruppen über substanzielle Chancen verfügen, ihr Leben durch eigene Anstrengungen zu verbessern. In der Einwanderungsstadt Herford haben ca. 50 % aller Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund; ein überdurchschnittlicher Anteil von ihnen verlässt die Schule ohne Schulabschluss und dadurch mit geringeren Chancen auf Ausbildung und Arbeit.

Es ist die Aufgabe aller politischen Ebenen, dieses soziale Ungleichgewicht schrittweise abzubauen. Dies kann durch ein inklusives Bildungssystem mit individueller Förderung nicht zuletzt für Migranten- und Flüchtlingskinder erfolgen. Hierzu tragen aber auch die Einstellung von MigrantInnen als Beschäftigte und Auszubildende in der Stadtverwaltung und in städtischen Unternehmen oder die Unterstützung von religiösen und weltlichen Migrantenorganisationen bei der Suche nach geeigneten Grundstücken oder Räumlichkeiten im Stadtgebiet bei. Im Integrationsrat wirken wir daran mit, den Erfolg solcher Inklusionsbemühungen zu bewerten.

Im Sinne eines sozialen Ausgleichs unterstützen wir auch die Erarbeitung einer Teilhabepflicht durch Kreis und Stadt Herford; die daraus folgenden konkreten Handlungsschritte sollten zeitnah umgesetzt werden.

ZUWANDERER UND FLÜCHTLINGE SIND HERFORDERINNEN

In unserer Stadt leben viele Zuwanderungsfamilien, und immer wieder finden Flüchtlinge Aufnahme. Wir treten dafür ein, dass sie eine menschenwürdige Unterkunft bekommen, Arbeit und (Aus)Bildungsmöglichkeiten finden und angemessene Beratung und Unterstützung erhalten. Ausländerrechtliche Spielräume sind insbesondere in Härtefällen zugunsten der Betroffenen auszuschöpfen.

KOMMUNALE SPIELRÄUME ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG NUTZEN

Menschen in prekären wirtschaftlichen Lebensverhältnissen erhalten nur eine Mindestabsicherung durch die sozialen Sicherungssysteme. Deshalb befürworten wir er-

gänzende Aktivitäten der Kommunen, diese Hilfsangebote vor Ort effizient und adressatenbezogen zu organisieren. Es ist zu prüfen, in welcher Weise auch Stiftungsmittel der Sparkasse Herford sinnvolle Beiträge zur Armutsbekämpfung leisten können.

Ungeachtet unserer grundsätzlich kritischen Bewertung des sog. Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) des Bundes fordern wir eine längerfristige Finanzierung der bisher nur für zwei Jahre bewilligten pädagogischen Arbeit der eingestellten SozialarbeiterInnen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine kreisweite Regelung zur Gebührenermäßigung für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung in den Bereichen Nahverkehr, Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Wittekindpass, Sozialticket) ein.

DURCHLÄSSIGKEIT VON WERRE UND AA HERSTELLEN

In einem dicht besiedelten Gebiet wie der Stadt Herford haben der Schutz und die Entwicklung von Natur und Landschaft eine besondere Bedeutung.



BergerTor: Die Werre durchlässig gestalten

In den nächsten Jahren streben wir

die Herstellung eines guten ökologischen Zustands der Flüsse Werre und Aa sowie der Bäche gem. der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie an (Gewässerrenaturierung; Beseitigung der bisherigen Stauwerke am Berger Tor und am Deichtorwall/Unter den Linden). Dafür geeignete Lösungsvarianten sind unter den Aspekten Gewässerqualität, Hochwasserschutz, Wasserkraftnutzung, Grundwasserabsenkung, Stadtbild, baulicher und finanzieller Aufwand sowie Fördermöglichkeiten zu prüfen. Die Umsetzung sollte bis spätestens 2020 erfolgen.

MEHR GRÜN IN HERFORD

Wir befürworten darüber hinaus die Fortentwicklung eines „grünen Rings“ rund um die Stadt – ausgehend von den Frei- und Waldflächen auf Stuckenberg und Homberg entlang der Flüsse und Bäche im Stadtgebiet bis hin zu den wertvollen Landschaftsbereichen in Eickum und Diebrock. Hierfür sind planerische Festsetzungen und Entwicklungsmaßnahmen – nicht zuletzt als Ausgleich für Flächeninanspruchnahme – in Kooperation mit dem Kreis Herford sinnvoll. Zudem sollten gerade auch in städtischen Außenbereichen zusätzliche Alleen entlang von Straßen und Wegen angelegt werden.

Im Interesse von Städtebau, Immissionsschutz und Stadtklima sollte die Grünentwicklung auch in den bebauten und zu bebauenden Bereichen vorangetrieben werden. Besondere Beachtung verdient die Pflege und Entwicklung von Grünflächen und Baumbestand (z.B. Stadtwall; Straßengestaltung); ein wichtiges Instrument stellt dabei auch die Baumschutzsatzung dar, die erhalten und zugleich weiterentwickelt werden muss.

KEINE BAUGEBIETE MEHR AUF DER „GRÜNEN WIESE“

Die Einwohnerzahl Herfords wird in den nächsten Jahren zurückgehen. Zugleich wird der Abzug der britischen Armee eine Nutzung der bisherigen Kasernenflächen für Wohnen, Dienstleistung oder Gewerbe ermöglichen. Vor diesem Hintergrund muss sich die Siedlungspolitik auf eine qualitative Innenentwicklung bei generellem Verzicht auf die Ausweisung neuer Wohnbauflächen in äußeren Bereichen der Stadt konzentrieren. Damit wird zugleich auch ein Beitrag zum Landschaftsschutz und zur Begrenzung des Landschaftsverbrauchs in unserer dicht besiedelten Region geleistet.

Ein Programm „Jung kauft Alt“ ähnlich wie in der Nachbargemeinde Hiddenhau-



Landschaft schützen: Nicht alles zubauen

sen kann dazu beitragen, bestehende Gebäude- und Flächenressourcen zu nutzen und Leerstände zu vermeiden. Zugleich sollte vor Ausweisung neuer Baugebiete generell eine Kosten – Nutzen – Betrachtung unter Einbeziehung auch langfristiger Folgekosten vorgenommen werden.

ENERGIEWENDE LOKAL UMSETZEN

Die Energiewende in Deutschland ist auch Sache der Kommunen. Dabei geht es um Energieeinsparung, rationelle Energienutzung und erneuerbare Energien. Vor einigen Jahren hat die Stadt Herford bereits einen Beschluss zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in ihrem unmittelbaren Einflussbereich gefasst; auf vielen Dächern städtischer Gebäude haben die Stadtwerke Fotovoltaik-Anlagen installiert.

Herforder Beiträge können vor allem in der energetischen Sanierung und Entwicklung des städtischen Gebäude-, Anlagen- und Fahrzeugbestandes (u.a. auch Straßenbeleuchtung), der Ausweisung von Baugebieten mit besonderen energietechnischen Vorgaben (z.B. Baugebiet Wellbrock oder Projekt Plus-Energie-Siedlung/Hammersmith-Kaserne), dem Aufbau einer Fernwärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung im Innenstadtbereich und der Festsetzung von Vorranggebieten für die Nutzung der Windkraft liegen.

Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag können dabei auch die städtischen bzw. regionalen Gesellschaften Stadtwerke, WWS und WWE leisten. Da die Potenziale der erneuerbaren Energien im Herforder Stadtgebiet grundsätzlich beschränkt sind, begrüßen wir Beteiligungen der Stadtwerke oder der WWE an wirtschaftlich aussichtsreichen Projekten auch außerhalb der Region. Mit der Energiegenossenschaft Herford sollte die Zusammenarbeit bei der Realisierung fortschrittlicher Energieprojekte gesucht werden.

FRACKING VERHINDERN

Die aktuell diskutierte Technologie des Fracking lehnen wir wegen der zu befürchtenden Auswirkungen auf Boden und Gewässer grundsätzlich ab.

INVESTITIONSOFFENSIVE STARTEN

Unser Programm bis 2020 setzt auf gezielte Zukunftsinvestitionen in den Bereichen städtische Infrastruktur (Schulen, Straßen, Kanäle), Innenstadtentwicklung (Fußgängerzone, Plätze, Wallanlagen) und Konversion (Entwicklung innerstädtischer Wohn-, Dienstleistungs- und Gewerbeflächen mit fortschrittlichen Energieversorgungskonzepten). Diese Investitionen sollten in hohem Maße durch Förder- und private Mittel refinanziert werden und damit vertretbare Folgekosten nach sich ziehen; zugleich tragen sie zu einer Attraktivitätssteigerung der Stadt und mittelbar zu höheren Steuereinnahmen der öffentlichen Hand bei.

HAUSHALTAUSGLEICH BIS 2020 ERREICHEN

Das unmittelbar städtische Finanzierungsdefizit von ca. 10 Mio. € kann nur durch eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen der Kommunalfinanzierung (Erweiterung der Bemessungsgrundlagen kommunaler Steuern, erweiterte Sozialkostenübernahme durch den Bund, höhere allgemeine Zuweisungen des Landes), eine strikte Wirtschaftlichkeitsorientierung in den Bereichen Prozesse/Organisation, Technikeinsatz, Personal und interkommunale Zusammenarbeit sowie durch Einnahmesteigerungen bei Steuern, Gebühren und Beiträgen ausgeglichen werden.

Einen Beitrag zur Sanierung der städtischen Finanzen hat bereits die Rekommunalisierung des regionalen Stromverteilnetzes geleistet; der städtische Unternehmensverbund HVV dürfte damit wieder finanziell solide aufgestellt sein.

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM KREIS HERFORD INTENSIVIEREN

Wirtschaftliche Synergieeffekte werden auch durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Kreis erreicht; mögliche rechtliche Grenzen könnten im Rahmen eines Modellprojektes nach § 129 Gemeindeordnung (Experimentierklausel) überwunden werden.

BEIGEORDNETEN-SYSTEM WIEDER EINFÜHREN

Die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung wollen wir darüber hinaus durch eine schrittweise Wiedereinführung des Beigeordneten-Systems (auf acht Jahre befristete Besetzung von Leitungsstellen) sowie eine Erhöhung des Frauenanteils in Spitzenpositionen steigern. Der städtische Frauenförderplan ist im Rahmen der Personalpolitik stärker als bisher zu beachten.

TRANSPARENZ SICHERSTELLEN, ÖFFENTLICHKEIT ERMÖGLICHEN

Politik kann nur Vertrauen gewinnen, wenn EinwohnerInnen und Bürgerinitiativen angehört und beteiligt, rechtliche und finanzielle Fakten und Zwänge offen gelegt und Entscheidungen nachvollziehbar begründet werden. Allzu häufig werden die Beteiligung der Öffentlichkeit als lästig empfunden, Informationen geheim gehalten und wahre Handlungsmotive verschleiert.

Obwohl die Gemeindeordnung grundsätzlich die Öffentlichkeit aller Beratungs- und Entscheidungsprozesse als Regel festlegt, wurden bislang – mit Verweis auf die privat-



Bitte nicht verschleiern!

rechtliche Organisation vieler Aufgabenbereiche – eine große Zahl wichtiger Entscheidungen ohne Not hinter verschlossenen Türen getroffen.

STÄDTISCHE GESELLSCHAFTEN KONSEQUENT KONTROLLIEREN

Deshalb empfehlen wir einen grundlegenden Kulturwandel bei Rat, Verwaltung und städtischen Unternehmen. Es müssen alle rechtlich und unternehmenspolitisch vertretbaren Spielräume zur Herstellung von Transparenz des städtischen Unternehmensverbunds HVV genutzt werden. Wir bleiben dabei: Auch die Sitzungen der Aufsichtsräte städtischer Unternehmen können – wie die der städtischen Ausschüsse – grundsätzlich öffentlich durchgeführt werden.

GLEICHSTELLUNGSAUFRAG WAHRNEHMEN

Noch immer ist die Chancengleichheit von Frauen in unserer Gesellschaft nicht selbstverständliche Realität. Deshalb ist es weiterhin Aufgabe der städtischen Gleichstellungsstelle, in allen Bereichen städtischer Politik (z.B. auch in der Stadtplanung) auf eine Berücksichtigung der Interessen von Frauen zu achten. Wichtige Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Frauen und Mädchen bieten Einrichtungen wie Frauenberatungsstelle, Frauenhaus und femina vita, deren Fortbestand und Weiterentwicklung wir nachdrücklich unterstützen.

BETEILIGUNG LEBEN – AUCH BEI KINDERN UND JUGENDLICHEN

Auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen sollte – auch von dem Hintergrund gesetzlicher Vorgaben des Jugendfördergesetzes NRW – stärker beachtet werden.

Eine besondere Verpflichtung besteht für uns darin, alle EinwohnerInnen Herfords an den örtlichen politischen Entscheidungen zu beteiligen; dabei sind sowohl die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren (z.B. Bürgerbegehren/Bürgerentscheid; Öffentlichkeitsbeteiligung bei Bauplanungen) als auch neue Partizipationsformen in innovativer und einwohnerfreundlicher Weise umzusetzen.

DIE GRÜNEN KANDIDATINNEN FÜR HERFORD

Listenplatz	Name / Beruf	Wahlbezirk / Wahllokal
1	Angela Schmalhorst, Rechtspflegerin i.R.	3: Haus Unter den Linden
2	Herbert Even, Geschäftsführer	1: Albert-Schweitzer-Schule
3	Irene Broßheit, Pfarrsekretärin	17: Gesamtschule
4	Claudio Vendramin, Geschäftsführer	7: Pfennigskrug
5	Nadin Quest, Lehrerin	22: Grundschule Herringhausen
6	Lukas Seewald, Student	21: Eickum/Laar/Stedefreund
7	Laura Weithöner, Büroangestellte	13: Grundschule Mindener Str.
8	Dr. Christian Bergmann, Rechtsanwalt	14: Königin-Mathilde-Gymnasium
9	Gudrun Walter, Architektin	5: Falkstraße
10	Vural Ipek, Baumaschinist	9: Ravensberger Gymnasium
11	Ulrike Blucha, Erzieherin	16: Gesamtschule
12	Stefan Beschorner, Lehrer	
13	Sylvia Stich, Dipl.-Sozialarbeiterin	4: Falkstraße
14	Marcel Ritter, Student	15: Königin-Mathilde-Gymnasium
15	Petra Engels, IT-Systemkauffrau	8: Otto-Hahn-Schule
16	Andreas Bertram, Ingenieur	18: Eickum/Laar/Stedefreund
17	Heidemarie Hetz, Dipl.-Soziologin	6: Grundschule Radewig
18	Gerd Teuteberg, Gärtnermeister	10: Alte Schule Ottelau
19	Birgit Seewald, Dipl.-Sozialarbeiterin	11: GS Landsberger Straße
20	Rolf Krämer, Landschaftsarchitekt	2: Geschwister-Scholl-Realschule
21	Salwa Al-Mahmod, Journalistin und Autorin	
22	Michael Preiß , Fahrlehrer	20: Elverdissen
23	Elke Nissen, Lehrerin	
24	Volker Stumpf, Rentner	12: GS Landsberger Straße
25	Irmgard Pehle , Bildungsreferentin	
26	Klaus-Dieter Hartel, Techniker	
27	Annegret Deimel, Lehrerin	19: Elverdissen
28	Michael Büker, Versorgungstechniker	
29	Ingrid Dehmel, Gärtnerin	
30	Manfred Heggemann, Lehrer	
31	Dorothea Hallmann, Lehrerin	
32	Peter von Ahsen, Päd. Mitarbeiter	

UNSERE KANDIDATINNEN



Angela Schmalhorst
Rechtspflegerin i.R.



Herbert Even,
Geschäftsführer



Irene Broßheit,
Pfarrsekretärin



Claudio Vendramin,
Geschäftsführer



Nadin Quest,
Lehrerin



Lukas Seewald,
Student



Laura Weithöner,
Büroangestellte



Dr. Christian Bergmann,
Rechtsanwalt



Gudrun Walter,
Architektin



Vural Ipek,
Baumaschinist



Ulrike Blucha,
Erzieherin



Stefan Beschorner,
Lehrer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Herford
Clarenstr. 22
32052 Herford
www.gruene-herford.de

